

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW), Lehrstuhl Makroökonomik und Jean Monnet Professor an der Bergischen Universität Wuppertal, Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow, AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC. [www.eiiv.eu](http://www.eiiv.eu). [welfens@eiiv.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiv.uni-wuppertal.de)

*Der Autor hat ein Euro-Gutachten für die Landesregierung Nordrhein-Westfalens Anfang 2013 und die Studie Nachhaltige Überwindung der Eurokrise (Stuttgart, 2013) und das Buch Die Zukunft des Euro (Berlin, 2012) vorgelegt. Als einziger Hochschullehrer in Deutschland hat er bereits Ende 2008 die Euro-Krise bzw. Staats-Refinanzierungsprobleme als Szenario formuliert (Buch Transatlantische Wirtschaftskrise, S. 158f.). Professor Welfens hat 1995 den Preis der Alfred-Ritter Stiftung gewonnen, 2007 hat er die Silbermedaille der Internationalen Kondratieff-Stiftung erhalten und 2007/08 war er als Alfred Grosser Professor an der Grande Ecole und Universität Sciences Po, Paris, im Rahmen eines Gastaufenthaltes in Forschung und Lehre tätig; Welfens hat als Experte u.a. für den IMF, die Deutsche Bundesregierung, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, das Europäische Parlament, das Wirtschaftsministerium der Niederlande und den US-Kongress gewirkt.*

## **Pressemitteilung: Wirres und teures Politikprogramm der AfD**

### ***Lucke-Programm mit 30 000 € Verlust-Risiko pro Kopf***

22.4.2013. Die folgende Analyse zeigt eklatante Schwächen der Lucke-Vorschläge zur Euro-Politik bzw. der neuen Partei auf; die nachfolgende Analyse basiert z.T. auf der Präsentation meines Beitrages zur Tagung

#### **Deutsch-französische Konvergenzen und Divergenzen in Bezug auf die europäische Währungspolitik: Bestandsaufnahme und Perspektiven**

Workshop, 22.4.2013, Institut Historique Allemand, Hôtel Duret de Chevry, 8 rue du Parc-Royal, 75003 Paris

Mit der Gründung der Partei Alternative für Deutschland ist im April 2013 eine Anti-Euro-Partei mit einem Gründungsparteitag in Berlin angetreten. Dieses bedeutet nicht nur eine am rechten bzw. konservativen Rand erfolgende Zersplitterung des Parteienspektrums, sondern dies steht vermutlich auch für die gelegentliche problematische Neigung Deutschlands zu Sonderwegen. Es ist nicht bekannt, dass je ein Land eine Währungsunion federführend mit gegründet hätte und sich anschließend eine Austrittsbewegung ergeben hätte. Diese neue Partei ist vorerst nur klein, steht allerdings schon am Anfang für einen völligen Realitätsverlust – nicht unbedingt eine natürliche Erfolgsbasis für politische Erfolge, die man aber dennoch nicht ausschließen kann: Auf der Website der Partei heißt es gleich in den ersten Sätzen (so zu lesen am 14.4.2013): „Die Bundesrepublik Deutschland steckt in der schwersten Krise ihrer Geschichte“; diese Behauptung ist absurd bzw. weit von der Realität entfernt, das ist vermutlich ähnlich zutreffend für die faktische Lage wie die Dolchstoßlegende der rechten Parteien aus der Weimarer Republik. Man kann dem Vorhaben der neuen Partei eigentlich nur Bad Luck(e) wünschen, aber naturgemäß entscheidet letztlich das Votum der Wähler und die Fähigkeit der etablierten Parteien, das Euro-Projekt zu einem nachhaltigen Erfolg zu führen.

Einer der Co-Vorsitzenden der AfD ist Bernd Lucke, Volkswirtschaftler von der Universität Hamburg, der in Währungsfragen nicht spezialisiert ist, sondern als Hochschullehrer in den Bereichen Konjunktur, Wachstum und Außenhandel empirisch forscht. Seine Vorstellungen, die er im Focus-Heft 17/2013 (22. April) zur Stabilisierung der Eurozone zum Ausdruck brachte, sind weitgehend ökonomischer Unfug. Lucke schreibt zu Spanien, Italien und Portugal, dass sie seit langer Zeit keinen Leistungsbilanzüberschuss haben und deren steigende Auslandsverschuldung ein Problem sei. Zwar sind hohe Leistungsbilanzdefizite Portugals seit Jahren ein bekanntes Problem, bei Spanien und Italien sieht das schon anders aus. Länder wie Spanien oder Portugal könnten ohne Probleme im Fall langfristiger Direktinvestitionszuflüsse oder anderer langfristiger Kapitalzuflüsse von jährlich 1-2% des Bruttoinlandsproduktes auch eine steigende Auslandsverschuldung haben, sofern die Relation von Auslandsverschuldung zu Bruttonationaleinkommen dank anhaltenden Wirtschaftswachstums konstant bleibt. Wenn die Auslandsverschuldung 1% des

Bruttoinlandsproduktes beträgt und das Wirtschaftswachstum 2%, dann beträgt die Relation Auslandsverschuldung zu Bruttoinlandsprodukt langfristig 50%, was bei einem Zinssatz von 3% bedeutet, dass 1,5% des Bruttoinlandsproduktes jährlich an Zinsausgaben ans Ausland abfließen, was unproblematisch ist. Für aufholende Volkswirtschaften wie Spanien oder auch Portugal, die im Pro-Kopf-Einkommen hinter Deutschland und den USA deutlich zurückliegen, ist ein Szenario mit anhaltenden Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen bei Verbesserung der Standortbedingungen durchaus denkbar. Im Übrigen könnten die genannten Länder durch geeignete Anpassungsmaßnahmen – zur Expansion der Produktion handelsfähiger Güter – auch mehrjährige bzw. langfristige Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften.

Lucke antwortet auf die Focus-Frage: „Ohne Euro könnten Exportmärkte wegbrechen und Finanzmärkte in Panik geraten.“ „Deshalb wollen wir das ja auch sehr langsam und behutsam machen. Dann kann sich die Exportindustrie darauf einstellen. Das muss sie jetzt auch. Selbst in Europa zahlen ja nicht alle Länder in Euro. Ich erwarte da keine nennenswerten Nachteile für Deutschland. Es ist ein normaler Vorgang, dass sich Wechselkurse verändern. Das darf nur nicht schlagartig geschehen. Deshalb wollen wir ja auch den Übergangszeitraum.“ Auf die Fokus-Frage „Wie lange soll der sein?“ heißt die Antwort von Lucke: „Das lässt sich nicht exakt voraussagen. Aber ich rechne mal mit vier bis fünf Jahren, bis die Südländer aus dem Euro raus sind. Wenn der Rest dann auch noch zu den nationalen Währungen zurückkehrt, kommen nochmals zwei bis drei Jahre dazu.“ Weitere Focus-Frage mit nachfolgender Antwort: „Das bedeutet, dass die D-Markt nach Ihrem Konzept ab 2020 wieder einziges Zahlungsmittel sein könnte?“ „Ja, 2020 könnten wir die D-Mark zurückhaben. Aber es kann auch sinnvoll sein, wenn Deutschland mit Finnland, den Niederlanden und Österreich eine kleine Währungszone bildet.“ Hier sollen offenbar Länder wie Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Griechenland, Zypern, Slowenien, Estland und die Slowakische Republik aus dem Euro gedrängt werden. Das wäre ein historisch zu nennender Zerstörungsprozess mit negativen politischen Auswirkungen für Jahrzehnte in Europa, was enorme ökonomische Verwerfungen nach sich zöge. Im Übrigen würde schon die Ankündigung einer Eurozonen-Auflösung gewaltige Reaktionen auf den globalen Finanzmärkten zur Folge haben, nämlich massive Kapitalabflüsse aus allen Länder, die als Euro-Austrittsländer eingeschätzt würden. Es käme wohl zu einer Bankenpanik in mehreren Ländern, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung mit mehrjähriger Rezession und kumuliertem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 15-25% wären denkbar und Deutschland als Exportnation wäre katastrophal davon betroffen. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland dürfte im Zuge einer solchen Rezession sechs Millionen deutlich übersteigen. Laut EU-Recht müssten Deutschland bzw. die EU zudem die Neu-Krisenländer finanziell unterstützen, so dass es für Deutschlands Steuerzahler erst recht zu hohen Belastungen käme.

Auf die Focus-Frage „Wie wollen sie denn die Eurozone auflösen? Rauswerfen können Sie die Länder ja nicht“ heißt die Lucke-Antwort: „Das ist richtig. Aber wenn wir unsere milliarden schweren Hilfszahlungen einstellen, werden die Krisenstaaten raus wollen, weil sie wissen, dass sie mit dem Euro dauerhaft keine Chance auf einen wirtschaftlichen Aufschwung haben.“ Und zur Frage, „Woher bitte soll dieser Sinneswandel kommen?“ „Solange wir diese Länder mit enormen Krediten alimentieren, ist die Bereitschaft aus der Gemeinschaft auszusteigen, natürlich nur gering. Aber wenn wir damit aufhören, rechnet sich der Euro für die Länder nicht mehr, und sie werden eine eigene Währung einführen wollen. Dann kann man die Europäischen Verträge ändern und jedem Land ein Austrittsrecht zubilligen.“ Eine

solche Haltung steht für eine egoistische, aggressive und dumme Haltung Deutschlands, das an einem Auseinanderbrechen der Eurozone kein Interesse haben kann. Ob einzelne Länder wie etwa Zypern oder Griechenland einen Staatskonkurs erleben werden, steht auf einem anderen Blatt, aber es wäre wohl ein Konkurs in der Eurozone; vergleichbar den Konkursen von überschuldeten US-Bundesstaaten in den 1840er/1850er Jahren. Niemand ist gezwungen worden, der Eurozone beizutreten, die Konsequenzen müssen die Beitrittsländer tragen.

Wenn die Eurozone wesentliche Mitglieder wie Spanien, Italien, Griechenland plus Portugal verliert, dann sind für Deutschland und die Weltwirtschaft nach Berechnungen einer in 2012 veröffentlichten Prognos-Studie die Kosten gewaltig: Die Bertelsmann-Stiftung hat im Rahmen der Prognos-Studie darauf hingewiesen, dass bei einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion die Kapitalmarktakteure dann auch Portugal, Spanien und Italien das Vertrauen entziehen könnten, so dass auch dort ein Staatskonkurs mit nachfolgendem Euro-Austritt eintreten könnte. In einem solchen Szenario ergäbe sich für die Weltwirtschaft eine Rezession. Die 42 wichtigsten Volkswirtschaften der Welt müssten dann Wachstumseinbußen bis 2020 in Höhe von 17 200 Mrd. € hinnehmen, was etwa dem Siebenfachen des Jahres-Bruttoinlandsproduktes Deutschlands entspräche. Deutschland allein erlitte einen Verlust beim Bruttoinlandsprodukt von 1700 Mrd. €, was rund 20 000 Euro pro Kopf ausmacht; China von 1900 Mrd. €, die USA von 2800 Mrd. € und Frankreich von 2900 Mrd. €. Von daher sollte man die Kombination von Griechenland-Staatskonkurs und Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone wegen der möglichen Domino-Effekte vermeiden. Wenn Griechenland allein nach einem Staatskonkurs aus der Eurozone austräte, dann wäre der Schaden bei den 42 wichtigsten Volkswirtschaften der Welt bis 2020 bei 674 Mrd. €, also etwa dem Dreifachen des Bruttoinlandsproduktes von Griechenland in 2012. Ein Euroaustritt und Konkurs von Griechenland und Portugal führt zu einem entsprechenden internationalen Schaden von 2377 Mrd. €, dieselbe Kombination für Griechenland, Portugal und Spanien hat einen Schaden von 7897 Mrd. € zur Folge. Von daher ist auch zu folgern, dass die Euro-Länder eine große internationale Verantwortung für eine Stabilisierung der Eurozone haben.

Der Euro kann volkswirtschaftliche Vorteile von rund 10 000 € pro Kopf in einer funktionsfähigen Währungsunion bringen, wozu allerdings durchsetzbare Defizitgrenzen gehören. Diese Vorteile ergeben sich wesentlich aus der Position des Euro als globale Reservewährung, wobei der Anteil an den globalen Währungsreserven von 17% zu Beginn der Währungsunion auf gut 25% bis 2011 gestiegen ist; da es einen positiven, großen Unterschied zwischen der globalen Kapitalmarkttrendite und dem Zinssatz auf Euro-Staatsanleihen in den Büchern von Notenbanken außerhalb der Eurozone gibt, entsteht ein erheblicher volkswirtschaftlicher Vorteil für die Eurozone, der allein etwa 0,5% des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone ausmacht; hinzu kommen die Einsparung von Transaktionskosten in der Eurozone und der Nutzen aus Wettbewerbsintensivierungseffekten in der Eurozone. Wenn man dem Lucke-Ansatz einer Auflösung des Euro-Raums folgt, dann läuft dies auf Basis der dann nicht realisierten Euro-Vorteile von 10 000 € und des durch den Euro-Zerfall eintretenden Schadens von 20 000 € auf einen Wohlfahrtsverlust von 30 000 € pro Kopf für jeden in Deutschland hinaus: Die Wertschöpfung eines kompletten Jahres wäre verloren, wozu noch der politische Flurschaden aus der Euro-Zerstörung hinzukäme. Der Lucke-Vorschlag zur Euro-Zerschlagung ist naiv, ökonomisch dumm bzw. schädlich für Deutschland und die Weltwirtschaft und politisch völlig unverantwortlich; und die, die sich in der AfD hinter diesen Lucke-Ansatz stellen, müssen sich denselben Vorwurf gefallen lassen.

Die Eurokrise ist ähnlich wie die Transatlantische Bankenkrise ein nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch destabilisierendes Problem, da die Überwindung der Bankenkrise ebenso wie die Eurokrise unkonventionelle Maßnahmen bzw. pragmatische Lösungen erfordern, die von den üblichen politischen und allgemein akzeptierten ökonomischen Grundsätzen weit entfernt sind und damit zu einer massiven Verunsicherung der Öffentlichkeit führen. Hier liegt ein Hauptproblem der unzureichenden institutionellen Ausgestaltung der Eurozone wie bei der Bankenkrise. Wenn der Staat etwa zwecks Bankenrettung bzw. Stabilisierung der Marktwirtschaft gegen bewährte Grundsätze wie Eigenverantwortlichkeit und akzeptierte Haftungsprinzipien verstoßen muss, so unterminiert das allgemein die Akzeptanz von Regeln und möglicherweise auch der Marktwirtschaft. In Deutschland mit seiner unter Ökonomen einflussreichen ordnungspolitischen bzw. ordoliberalen Schule führt dies – obendrein noch im Kontext mit den Krisenherden in der Eurozone – zu einer neuen Suche nach ordnungspolitischer Vergewisserung. Den pragmatischen Lösungsansätzen von Bundeskanzlerin Merkel, deren Hauptziel naturgemäß nicht ein stures Einhalten von Grundsätzen in einer extremen internationalen Finanzkrise (Transatlantische Bankenkrise, Eurokrise) sein kann, wird von Seiten einer konservativen Gruppe kein Verständnis entgegen gebracht: Vielmehr ist hier eine neoromantische Umsetzung alter Doktrinen gewünscht. Die AfD-Partei kommt diesem Bedürfnis offenbar entgegen und mehrere ordnungspolitisch engagierte Ökonomen finden sich im engen Unterstützerkreis der neuen Partei, die im Übrigen offenbar auch besonders national gesinnte Mitglieder aufweist, die das Tragen von Deutschlandschärpe oder Hissen der Deutschland-Flagge auf dem Parteitag für angebracht erachteten. Da sich in der AfD sicherlich auch wohlhabende enttäuschte konservative Wähler wiederfinden, dürfte die AfD auch finanziell recht gut positioniert sein.

Die erste Dekade der Eurozone war weitgehend erfolgreich und ohne Transatlantische Bankenkrise wären bestimmte Konstruktionsdefizite des Euro vermutlich erst nach 2020 stärker sichtbar geworden. Wesentlich für die Eurozone ist es, glaubwürdige Defizitregeln einzuführen und eine Politische Euro-Union zu bauen. Die notwendigen institutionellen Modernisierungselemente, die für eine nachhaltige Euro-Stabilisierung als notwendig erscheinen, könnten binnen weniger Jahre umgesetzt werden. Die etablierten Parteien sind aufgefordert, ein vernünftiges Reformprogramm zügig umzusetzen. Wenn es erst einmal Anti-Euro-Parteien in mehreren EU-Ländern gibt, wird der Spielraum für eine Integrationsvertiefung wohl zunehmend klein. Ohne eine Euro-Politikunion aber dürfte die Währungsunion auf Dauer instabil sein. Ein Zerfall der Eurozone wäre eine historische Selbstbeschädigung der EU und dürfte einen wirtschaftlichen und politischen Abstieg der Europäischen Union für viele Jahre bedeuten.

Was die langfristigen Verschuldungsperspektiven angeht, so bringt die Berücksichtigung versteckter Staatsdefizite in der Sozial- bzw. Rentenversicherung nach Angaben von Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg die Einsicht, dass Italien finanzpolitisch solider als Deutschland aufgestellt sei. Dieser Befund berücksichtigt allerdings noch nicht die zunehmende Zuwanderung, die sich u.a. laut Kiel Economics für Deutschland im Zuge der Eurokrise ergeben wird – etwa 2 Millionen Zuwanderer werden binnen einer Dekade erwartet, und zwar dürfte es vor allem eine verstärkte Zuwanderung aus osteuropäischen EU-Ländern ergeben. Was die Stabilisierung der Eurozone angeht, so sind u.a. nationale Schuldenbremsen mit Verankerung in der Verfassung dringlich; die Schweiz sollte hier Vorbild sein – die erste Schuldenbremse auf regionaler Ebene datiert aus St. Gallen aus dem Jahr 1929!